

Matthias Peter

Vertrauen als Ressource der Diplomatie

Die Bundesrepublik Deutschland im KSZE-Prozess

1. Einleitung

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war eine multilaterale Konferenz, in der blockübergreifend und unter Teilnahme einiger neutraler und nicht paktgebundener Länder (N+N) insgesamt 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada vertreten waren. Sie wurde 1972 nach langwierigen Diskussionen einberufen, die bis in die 1950er Jahre zurückreichten. Ihren Höhepunkt fand die Konferenz am 1. August 1975 in Helsinki mit der feierlichen Unterzeichnung der Schlussakte durch die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerländer. Sie vereinbarten einen Katalog von Verhaltensregeln, der die zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen sollte. Ferner verpflichteten sie sich, eine Fülle von Maßnahmen zu ergreifen, die Vertrauen im militärischen Bereich aufbauen, wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern und humanitäre Erleichterungen für die Menschen bringen sollten. Der KSZE-Prozess ging in den nächsten Jahren mit zahlreichen Folge- und Expertentreffen weiter, von denen eine wachsende Bindekraft für seine Teilnehmer ausging. Ihren vorläufigen Abschluss erreichte diese Entwicklung am 21. November 1990, als die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Länder auf ihrem zweiten Gipfel in Paris die „Charta für ein neues Europa“ unterzeichneten, den Ost-West-Konflikt für beendet erklärten und die Einheit Deutschlands bestätigten.

Das Ziel, über die Systemgrenzen hinweg Vertrauen zu erzeugen, durchzog den KSZE-Prozess wie ein roter Faden. Am bekanntesten sind sicherlich die in Helsinki vereinbarten Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung. Doch die Konferenz zielte auf mehr als das, sie war mindestens ebenso sehr darauf gerichtet, politisches Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten herzustellen. Bundesaußenminister Walter Scheel gab die Richtung vor, als er in seiner Rede zur Eröffnung der Helsinki-Konferenz am 4. Juli 1973 im Misstrauen ein Hauptmerkmal der europäischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg ausmachte und damit eine zentrale Ursache für den Ost-West-Konflikt benannte¹. Der Helsinki-Gipfel gab den Startschuss

¹ Abgedruckt in: Hans-Adolf Jacobsen/Wolfgang Mallmann/Christian Meier (Hrsg.), Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation,

für einen Prozess, in dem die Teilnehmerländer ausdrücklich aufgefordert waren,

„nach Möglichkeiten zu suchen, ihre Bemühungen zur Überwindung des Mißtrauens und zur Vergrößerung des Vertrauens zu vereinigen, [um] die Probleme, die sie trennen, zu lösen und zum Wohl der Menschheit zusammenzuarbeiten“.

Diese Zielvorgabe entsprach vor allem dem Interesse der Bundesrepublik, die die Ressource Vertrauen im KSZE-Prozess in mehrfacher Weise nutzte: Sie versuchte, Vertrauen zu generieren, indem sie die Helsinki-Beschlüsse durchführte. Als sich der Ost-West-Konflikt seit Ende der 1970er Jahre zunehmend verschärfte, forderte die Bundesregierung vermehrt Vertrauen ein. Überhaupt erhob sie Vertrauen zu einem diplomatischen Schlüsselbegriff gegenüber den Ostblockländern. Auch für das deutsch-deutsche Verhältnis erwies sich die KSZE als Ansatzpunkt. Da beide deutsche Staaten gleichberechtigt teilnahmen, eröffnete sich der Bundesregierung die Möglichkeit, ihren Forderungen vor allem nach menschlichen Erleichterungen gegenüber Ost-Berlin unter Berufung auf die Schlussakte Nachdruck zu verleihen.

Diese Thesen werden im Folgenden in fünf Schritten erläutert. Zunächst soll der Frage nach dem Verhältnis von Diplomatie und Vertrauen nachgegangen werden. Dem schließen sich einige Bemerkungen zur Entstehung des vertrauensbildenden Mandats und zur Rolle an, welche die KSZE in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik spielte. Der folgende Abschnitt widmet sich der militärischen Vertrauensbildung, bevor sich der Blick auf den KSZE-Prozess als regulatives Instrument Bonns in der Krise der Entspannung seit Ende der 1970er Jahre richtet. Der letzte Abschnitt schließlich handelt von der Rhetorik des Vertrauensbegriffs.

2. Vertrauen als Ressource der Diplomatie im Kalten Krieg

Vertrauen, darauf bestehen im Anschluss an die Soziologie auch einige Historiker, existiert vor allem im interpersonalen und im institutionellen Bereich. Gegenseitiges Vertrauen wie auch Vertrauen in soziale Systeme, so heißt es, sei notwendige Voraussetzung für stabile gesellschaftliche Ordnungen. Wie verhält es sich aber mit den Beziehungen zwischen Staaten, und wer sind eigentlich die Träger von Vertrauen in den internationalen Beziehungen? Um diese Frage zu beantworten, soll im Folgenden die KSZE als

Beispiel für einen multilateralen diplomatischen Prozess der Vertrauensbildung zwischen antagonistischen Staatenblöcken untersucht werden.

Diplomatie als die „Kunst, die Ausübung der Macht in Schranken zu halten“², hat in der Moderne die Aufgabe, über kommunikatives Handeln zum Aufbau von Vertrauen zwischen Staaten beizutragen. Notwendige Bedingung dafür, dass sich dieses Vertrauen entwickeln kann, ist ein als ausreichend empfundener Vorrat an Informationen. Das Wissen über Funktionsweisen und Absichten des jeweils anderen hilft, Missverständnisse und Fehleinschätzungen zu vermeiden, Handlungserwartungen zu formulieren, Risiken abzuschätzen und letztlich Entscheidungen zu treffen³. „Geheimnistuerei“, so brachte dies Hans-Dietrich Genscher einmal auf den Punkt, „ist der Feind jeden Vertrauens“⁴. Vertrauen zwischen Staaten ersetzt also keinesfalls das Nichtwissen voneinander; vielmehr sind verlässliche Informationen über die Absichten des jeweils anderen eine Voraussetzung dafür, dass sich Vertrauen bilden kann und Ängste abgebaut oder Bedrohungsvorstellungen korrigiert werden können. Im Ost-West-Konflikt barg die Preisgabe von Informationen jedoch zugleich die Gefahr, verwundbarer zu werden. Dies traf umso mehr zu, als der Aufbau wechselseitigen Vertrauens nicht nur eine deeskalierende und stabilisierende Funktion hatte, sondern auch Spielräume zur friedlichen Einflussnahme auf den Gegner öffnen konnte. Die Chancen der Vertrauensbildung wuchsen jedoch in dem Maße, in dem sie nationale Interessen zu fördern versprach. Dies erkannten auch die UdSSR und ihre Verbündeten, welche in der KSZE-Schlussakte lang ersehnte Ziele wie die Bestätigung der territorialen und machtpolitischen Nachkriegsordnung erreicht zu haben glaubten und demgegenüber das Risiko größerer Offenheit im militärischen und gesellschaftlichen Bereich für beherrschbar hielten.

² Henry A. Kissinger, *Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812–1822*. Mit einem Nachwort von Fred Luchsinger, Zürich ²1990, S. 9.

³ Vgl. Gerda Zellentin, *Zur Rolle der Konferenzdiplomatie in den Ost-West-Beziehungen*, in: Jost Delbrück/Norbert Ropers/Gerda Zellentin (Hrsg.), *Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE*, Köln 1977, S. 13–26, hier S. 18; Timo Freudenberger, *Zum Umgang mit Angst und Vertrauen in der Politik*, Frankfurt a. M. u. a. 2011, S. 31 f. und S. 41 f.

⁴ So Genscher am 18. 12. 1981 in einem Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Bohuslaw Chňoupek; *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981*, Bd. 3: 1. Oktober bis 31. Dezember 1981, bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, Dok. 377: S. 2007–2019, hier S. 2016.

Zwar geht es in der Diplomatie um das Verhältnis zwischen Staaten; Vertrauen meint hier primär Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und Transparenz staatlicher Handlungen. Bei den Akteuren handelt es sich aber um Menschen, so dass das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Entscheidungsträgern eine wichtige Rolle spielen kann. Dies gilt nicht nur für die Staats- und Regierungschefs sowie ihre Minister, sondern strukturell für den gesamten Bereich der Diplomatie. In deren Regelwerk, in den letzten zweihundert Jahren entwickelt und völkerrechtlich durch Abkommen gesichert, steht das Gespräch – aus gesellschaftlichem Anlass, in Verhandlungen und zwischen den Regierungen – im Mittelpunkt. Wir wissen nicht erst seit dem Wiener Kongress, dass Diplomaten tanzen können und ein guter Drink außerhalb des Konferenzsaals die Entscheidungsfindung erleichtert. Die Aussichten für erfolgreiche Verhandlungen steigen mit dem Grad der persönlichen Nähe und des Vertrauens zwischen den Verhandlungsführern. Auch im KSZE-Prozess ab 1975 spielte der persönliche Kontakt in den Korridoren, den so genannten *Couloirs*, eine wichtige Rolle, um Positionen zu klären und Handlungsspielräume zu testen.

Die Bedeutung, die die Ressource Vertrauen nach 1945 für die Staatenbeziehungen gewann, spiegelt auch veränderte Sicherheitsvorstellungen im Nuklearzeitalter wider. Die fortschreitende Hochrüstung der Militärbündnisse, einschließlich der Drohung mit gegenseitiger nuklearer Vernichtung, erhöhte den Druck, Krisen unterhalb der militärischen Schwelle mit politischen Mitteln zu entschärfen. Das trifft besonders auf die Bundesrepublik zu. Als Teilstaat an der Nahtstelle der Blockkonfrontation mit der höchsten Dichte an Nuklearwaffen hatte sie durch eine diplomatische Deeskalation in Europa am meisten zu gewinnen. Da sich dieses Ziel alleine nicht erreichen ließ, bildete die bi- und multilaterale, auf Vertrauensgewinn im Bündnis wie im Verhältnis gegenüber den Ostblockländern gerichtete kooperative Außenpolitik ein zentrales Strukturmerkmal ihrer Staatsräson und eröffnete zugleich Handlungsspielräume für ihre nationale Agenda.

Diese Erkenntnis leitete in besonderem Maße die Politik Hans-Dietrich Genschers. Der langjährige Bonner Außenminister hielt engsten persönlichen Kontakt zu seinen Amtskollegen in West und Ost und verfolgte eine konsequente Besuchs- und Dialogpolitik. Nicht umsonst galt er als „personalisierte vertrauensbildende Maßnahme⁵. „Wie kein Bundesminister vor ihm“, so charakterisierte ihn einmal einer seiner Mitarbeiter, „fliegt

⁵ So Richard von Weizsäcker; zit. nach Hans-Dieter Heumann, Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie, Paderborn u. a. 2012, S. 46.

Hans-Dietrich Genscher, von Unrast getrieben, in der Welt herum, sucht im persönlichen Kontakt sich ein Bild vom Menschen im Politiker zu machen, weil der persönliche Faktor für ihn ein wesentliches Vertrauensmoment der Diplomatie darstellt.“⁶

Diese Politik entsprang jedoch keineswegs einer Grunddisposition zur Beschwichtigung gegenüber dem Osten. In Anlehnung an den 1967 vom NATO-Rat gebilligten Harmel-Bericht, der die Notwendigkeit ausreichender Verteidigungsfähigkeit mit einem dauerhaften Gesprächsangebot an den Osten verknüpfte, erkannte Genscher, dass systemübergreifendes Vertrauen militärische Sicherheit nicht ersetzen konnte. Auch Vertrauen im KSZE-Prozess war deshalb ein Mittel, um den Konflikt zwischen West und Ost mit dem Instrumentarium der *Détente* auszutragen. Das Vertrauensregime der KSZE war nicht Selbstzweck, sondern von den jeweiligen Interessen der Teilnehmer geleitet.

3. Die Bundesrepublik und die KSZE

Die KSZE gilt in der bislang vorliegenden historischen Vertrauensforschung, soweit sie überhaupt Erwähnung findet, als Beleg dafür, dass es Vertrauen auch zwischen Staaten geben kann. Ausweis hierfür ist das Dokument zur militärischen Vertrauensbildung in der Helsinki-Schlussakte⁷. Der KSZE-Prozess umfasste jedoch weitere Felder. Neben den vertrauensbildenden Maßnahmen waren dies vor allem die Menschenrechte, ferner die wirtschaftliche und die kulturelle Zusammenarbeit, die nicht minder den Grad gegenseitigen Vertrauens erhöhen sollten.

Paradoxerweise war das spätere Kernelement der Konferenz, nämlich Vertrauensbildung durch Kooperation und Kommunikation, am Anfang gar nicht vorgesehen. Vielmehr war das Maß gegenseitigen Vertrauens in den internationalen Beziehungen abhängig vom Verlauf des Kalten Kriegs. So gab es auch in den spannungsreichen 1950er Jahren Versuche der militärischen Vertrauensbildung, etwa den Vorschlag Präsident Eisenhowers zur Schaffung eines Systems der Luftüberwachung (*Open Skies*). Doch erst die im folgenden Jahrzehnt eingeleitete *Détente* zwischen West und Ost eröff-

⁶ Wolfram Dufner, *Ohne Halt bis Bern. Erinnerungen eines Botschafters an die Schweiz*, Frankfurt a. M. 2012, S. 176.

⁷ Vgl. z.B. Ute Frevert, *Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne*, München 2013, S. 193f. Das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der Schlussakte findet sich in: Jacobsen/Mallmann/Meier (Hrsg.), *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, Bd. 2, S. 921–924.

nete Spielräume für die Entwicklung einer machteinhegenden Diplomatie. In diesem Sinn forderte der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson 1966 kooperative Schritte zur Friedenserhaltung mit dem Ziel, „wechselseitiges Vertrauen“ zu fördern⁸.

Gleiches gilt auch für die KSZE. Seit den 1950er Jahren war die Forderung nach einer europäischen Sicherheitskonferenz fester Bestandteil der sowjetischen Westpolitik. Sie kam jedoch nicht zustande, denn der Westen lehnte diese Forderung stets mit dem Argument ab, dass die UdSSR damit lediglich die Westintegration der Bundesrepublik verhindern und eine europäische Sicherheitsordnung ohne die USA schaffen wolle. Auch die Bonner Diplomatie der 1950er und 1960er Jahre sperrte sich gegen die östliche Konferenzidee ohne vorherige Zugeständnisse in der Deutschlandfrage. So scheiterte das Projekt vorerst an einem zentralen konzeptionellen Mangel, nämlich an der Verengung seines Mandats auf die Rüstungskontrolle.

Dies änderte sich erst, als der Westen nach der Neuausrichtung seiner Ostpolitik durch den Harmel-Bericht den Konferenzvorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten aufgriff. Diese hatten 1969 erneut eine Sicherheitskonferenz gefordert und dabei auch die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit als mögliche Themen ins Spiel gebracht. Daran knüpften nun vornehmlich die europäischen NATO-Länder im selben Jahr an. Als Bedingung für ihre Teilnahme forderten sie jedoch unter anderem, die Tagesordnung um Themen wie den Umweltschutz und die kulturelle Zusammenarbeit zu erweitern. Vor allem aber sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, die Kontakte zwischen den Menschen und den Informationsfluss über die Systemgrenzen hinweg zu verbessern. Diese Erweiterung der Tagesordnung um „weiche“ Themen führte zu einer Umfunktionierung des östlichen Konferenzkonzepts. Nicht Abrüstungsthemen sollten im Mittelpunkt stehen, sondern die Verbesserung der Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens, also die Förderung zwischenstaatlicher wie transnationaler Kooperation auf militärischem und humanitärem Gebiet. Folgerichtig war im Communiqué der Frühjahrstagung der NATO im Mai 1970 erstmals nicht mehr von einer „Europäischen Sicherheitskonferenz“, sondern von einer „Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit“ die Rede. Das Mandat der Konferenz schloss das Thema Abrüstung explizit aus. Darüber sollte eine eigene „Konferenz über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen“ (*Mutual and Balanced Force Reductions*, MBFR) einberufen wer-

⁸ Zit. nach Gottfried Niedhart, *Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975*, München 2014, S. 18.

den. Um aber die Verbindung beider Foren deutlich zu machen, bestand der Westen darauf, im Rahmen der KSZE über Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung wie die Vorankündigung von Manövern und die Einladung von Manöverbeobachtern zu sprechen. In den Schlussempfehlungen der Vorkonferenz, die 1972/73 in Dipoli bei Helsinki die Verfahrens- und Tagesordnung festlegte, war deshalb von Vertrauensbildung nur im Zusammenhang mit dem Mandat für die Arbeitsgruppe die Rede, die sich Fragen der militärischen Sicherheit widmen sollte. Erst die Präambel der Schlussakte, welche die Diplomaten zwischen Mai und Juli 1975 aushandelten, stellte den gesamten Maßnahmenkatalog in den größeren Zusammenhang der gegenseitigen Vertrauensbildung. Der entsprechende Passus ging auf einen französischen Vorschlag zurück, der zunächst nur vom Abbau von Misstrauen sprach, in den Kommissionsberatungen aber schließlich um den Zusatz erweitert wurde, das Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten zu vermehren. Diese Fassung fand die Zustimmung aller Delegationen⁹.

Eine notwendige Voraussetzung dafür, dass der Osten dieser Schwerpunktverlagerung der KSZE von „harten“ sicherheitspolitischen Themen zu Fragen der Zusammenarbeit zustimmte, war der vorherige Abschluss der Ostverträge, deren Ziel ebenfalls war, „beiderseitiges Vertrauen zu begründen, das an die Stelle von Verdächtigungen und Mißtrauen treten soll“¹⁰. Durch die Verpflichtung zum Gewaltverzicht und zur Unverletzlichkeit der Grenzen trugen alle Verträge dem Sicherheitsverlangen des Ostens vor möglichen revisionistischen Zielen der Bundesrepublik Rechnung und verringerten dadurch das Misstrauen gegenüber Bonn entscheidend. Umgekehrt nutzte die Bundesrepublik den drängenden Wunsch des Ostens nach einer Sicherheitskonferenz aus, um den Status von Berlin im Rahmen eines Abkommens der Vier Mächte zu sichern¹¹. Erst danach war der Weg frei für die Einberufung der KSZE.

Nach zweijährigen mühsamen Verhandlungen unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerländer am 1. August 1975 in Helsinki schließlich die KSZE-Schlussakte. Das Ergebnis war in so genannten Kör-

⁹ Vgl. PA/AA, B 28 (Referat 212)/111533, Drahtberichte Nr. 1318 und Nr. 1328 des Botschafters Blech, Genf (KSZE-Delegation), vom 30. 6. und 2. 7. 1975 sowie Drahtbericht Nr. 1395 des Gesandten Freiherr von Groll, Genf (KSZE-Delegation), vom 9. 7. 1975.

¹⁰ So hieß es in den Instruktionen für Staatssekretär Duckwitz (Entwurf) vom 19. 1. 1970; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970, Bd. 1: 1. Januar bis 30. April 1970, bearb. von Ilse Dorothee Pautsch u. a., München 2001, Dok. 14: S. 51–60, hier S. 51.

¹¹ Zum Junktum zwischen Ostverträgen und KSZE vgl. Petri Hakkarainen, *A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975*, New York/Oxford 2011.

ben gesammelt worden. Der erste Korb enthielt einen Katalog von zehn Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens, darunter Gewaltverzicht, Staatensouveränität und die Achtung der Menschenrechte; ferner enthielt Korb I Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung. Korb II war der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gewidmet. Der berühmte Korb III sah zahlreiche Maßnahmen im humanitären Bereich vor. Gerne übersehen, aber von überragender Bedeutung war der vierte Korb über das weitere Prozedere. Konkret benannte er die Einberufung eines Folgetreffens 1978 in Belgrad, auf dem eine Bestandsaufnahme vorgenommen und über neue Maßnahmen, einschließlich weiterer Treffen, entschieden werden sollte. Damit war der Grundstein gelegt für einen erfolgsabhängigen Ausbau des KSZE-Systems, mit dem der Druck auf den Osten zur korrekten Durchführung der Helsinki-Beschlüsse aufrechterhalten werden konnte. Dieses Stufenschema macht deutlich, dass die Schlussakte entgegen östlicher Absichten gerade keine neuen Institutionen schuf, sondern den Prozess der Vertrauensbildung auf jeweils neu zu vereinbarenden Folge- und Sondertreffen einer regelmäßigen Kontrolle unterwarf. Das Konferenzsystem, das so entstand, war deshalb selbst Ausdruck fortbestehenden Misstrauens unter den Teilnehmerländern mit der Möglichkeit, das Vertrauensverhältnis zwischen West und Ost am jeweiligen Implementierungsstand zu überprüfen.

Auf dem Helsinki-Gipfel erreichte die Bundesrepublik ein wesentliches Etappenziel ihrer Entspannungspolitik: Die europäische Zusammenarbeit und die Kohärenz des westlichen Bündnisses wurden gestärkt; die eigenen Rechtspositionen, einschließlich der Option zur friedlichen Grenzänderung und freien Bündniswahl, blieben gewahrt; die deutsche Frage war nach wie vor offen, zumal wichtige deutschland- und ostpolitische Ziele wie etwa die Erleichterung menschlicher Kontakte und die Familienzusammenführung zum Anliegen aller Teilnehmerstaaten erklärt worden waren. Die Schlussakte hatte keinen Vertragscharakter und ersetzte daher ungeachtet der östlichen Auslegung keinen Friedensvertrag. Ihre Durchführung war freiwillig; ihr hoher politischer Verpflichtungsgrad machte sie aber für staatliche wie nichtstaatliche Akteure zu einem wichtigen Referenzdokument. Doch wie bewährte sich das in der Schlussakte proklamierte Programm der Vertrauensbildung in der Praxis?

4. Militärische Vertrauensbildung

In der Schlussakte hatten die Teilnehmerstaaten nach langem Feilschen vereinbart, Manöver an denen mehr als 25.000 Soldaten teilnahmen, mindes-

tens 21 Tage vorher anzukündigen und hierzu Beobachter einzuladen. Die Abmachung sollte auch für einen 250 km breiten Streifen im Westen der UdSSR gelten. In Bonn knüpfte man keine besonderen Erwartungen an die militärische Bedeutung der Vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM). Die Bundesregierung stellte daher von Beginn an deren politischen Zweck in den Vordergrund. Ihrer Ansicht nach dienten die VBM dazu,

„Verhaltensregeln zu entwickeln, die der Verwendung militärischer Machtmittel Beschränkung auferlegen. Durch vereinbarte Absprachen über militärische Verhaltensregeln sollte nach und nach auf ein politisches Gesamtklima hingewirkt werden, in dem die Bedeutung der militärischen Komponente in den internationalen Beziehungen (d.h. die Möglichkeit des politischen Gebrauchs militärischer Macht) zunehmend eingeschränkt wird.“¹²

Dieser dezidiert politische Zweck der militärischen Vertrauensbildung war ein bewusster Gegenentwurf zum Konzept der „militärischen Entspannung“, mit dem die Warschauer-Pakt-Staaten nach Helsinki im Abrüstungsbereich weiter punkten wollten.

Doch die militärische Vertrauensbildung ließ sich nur schwer in die Praxis umsetzen. Wie schon früher vermochten die Kreml-Generäle dahinter nur eine Absicht des Westens zu erkennen, die Streitkräfte des Warschauer Pakts auszuspionieren. Statt Vertrauensbildung forderten sie den Abschluss weiterer Abkommen etwa über Gewaltverzicht, den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen und zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen. Die in der Schlussakte verankerten Maßnahmen hatten demgegenüber in ihrem Denken keinen besonderen Platz. Der Warschauer Pakt zeigte daher in den ersten zwei Jahren nach dem Helsinki-Gipfel kein großes Interesse daran. Im Gegenteil: Die NATO beeilte sich, schon ihre Herbstmanöver 1975 fristgerecht anzukündigen, um von Beginn an Implementierungsdruck auf den Osten auszuüben. Diese Vorgehensweise wurde von Moskau allerdings mit dem Vorwurf quittiert, dass die NATO mit ihren umfangreichen Übungen gegen den „Geist von Helsinki“ verstoße und Stärke demonstrieren wolle¹³. Diese Argumentation war jedoch nicht nur Ausdruck für den geringen Stellenwert, den Moskau und seine Verbündeten der militärischen Vertrauensbildung beimaßen. Sie zeigte auch

¹² So die Definition im Entwurf des Berichts der Bundesregierung vom März 1979 an VN-Generalsekretär Waldheim über Vertrauensbildende Maßnahmen; PA/AA, B 43 (Referat 220)/116897, Drahterlass Nr. 1408 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron vom 16. 3. 1979.

¹³ PA/AA, B 28 (Referat 212)/111664, Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Groll vom 16. 6. 1976.

die Verunsicherung in den östlichen Sicherheitskreisen, wie angesichts wenig flexibler militärischer Strukturen die in Helsinki eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt werden sollten. In der Tat kündigte die UdSSR erst im Januar 1976 ein Manöver an. Zuvor hatte sie bewusst nur kleinere Übungen abgehalten, die nicht vorab gemeldet werden mussten. Auch in der Folgezeit verfuhr Moskau und seine Verbündeten restriktiv. Sie meldeten an, was angemeldet werden musste, hielten sich dabei aber eng an die in der Schlussakte enthaltenen Parameter zum Manövergebiet, der Teilnehmerzahl und zum Zeitpunkt – nicht weniger, aber eben auch nicht mehr. Auch hinsichtlich der Manöverbeobachtung war noch reichlich Luft nach oben. Nicht nur, dass Moskau lediglich Vertreter der an das Manövergebiet angrenzenden Länder einlud. Die Beobachtung selbst war streng choreografiert und lieferte keinen großen Erkenntnisgewinn, da es die sowjetischen Generäle verstanden, sich nicht zu sehr in die Karten schauen zu lassen.

Dieses Spiel wiederholte sich auch in den nächsten beiden Jahren. Erst mit dem Herannahen des Belgrader Folgetreffens taute der Osten auf. Im Sommer 1977 kündigte die UdSSR ihre Übung „Karpaten“ an und lud erstmals auch die Bundesrepublik zur Beobachtung ein. Trotzdem blieb die Bilanz der militärischen Vertrauensbildung zunächst gemischt. Zwar hielt sich der Warschauer Pakt auch weiterhin eng an die Vorgaben der Schlussakte, ließ nach dem NATO-Doppelbeschluss im Dezember 1979 aber keine Manöverbeobachter mehr zu. Erst mit dem erfolgreichen Ende des Madrider Folgetreffens kehrte Moskau zu einer großzügigeren Einladungspraxis zurück. Auf der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung (1984 bis 1986) willigte der Kreml dann sogar ein, nicht nur die bislang geltenden VBM-Parameter zu erweitern, sondern auch Vor-Ort-Inspektionen zuzulassen, die bislang kategorisch zurückgewiesen worden waren¹⁴.

5. Die KSZE als Kriseninstrument

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan Weihnachten 1979 löste eine tiefe Vertrauenskrise in den Ost-West-Beziehungen aus. Sie verschärfte sich noch, als in der Folgezeit polnische Arbeiter mit immer lauterer Stimme politische Teilhabe und eine bessere Versorgung forderten. Am 13. Dezember 1981 rief eine Militärregierung unter General Jaruzelski das Kriegsrecht aus und bereitete damit der Auseinandersetzung – vorläufig – ein jähes

¹⁴ Vgl. Ingo Peters, *Transatlantischer Konsens und Vertrauensbildung in Europa*, Baden-Baden 1987, S. 187–198, insbesondere S. 193f.

Ende. Zuvor schon hatte der Doppelbeschluss vom Dezember 1979, mit dem die NATO die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen und landgestützten *Cruise Missiles* für den Fall ankündigte, dass Verhandlungen zum Abbau sowjetischer SS-20 erfolglos bleiben würden, bei der UdSSR und ihren Verbündeten großes Misstrauen gegenüber den Absichten des Westens erzeugt. Aber auch in den westlichen Gesellschaften, besonders stark in der Bundesrepublik, formierten sich Protestbewegungen, die lautstark ihre Skepsis hinsichtlich des Abrüstungswillens des westlichen Bündnisses artikulierten.

Dieser Temperatursturz in den Ost-West-Beziehungen wurde in Bonn ausdrücklich als eine massive Vertrauenskrise empfunden. Wie ging die bundesdeutsche Diplomatie damit um, dass ihre Hoffnungen und Erwartungen derart enttäuscht wurden? Um einer drohenden Sprachlosigkeit zwischen den Supermächten entgegenzuwirken, entwickelte die Bundesrepublik eine Gegenstrategie, in deren Mittelpunkt der KSZE-Prozess stand. *Erstens* baute sie ganz auf ihre Besuchdiplomatie und nutzte dazu mehr als alle Verbündeten die bestehenden Kommunikationskanäle. Hierfür steht exemplarisch der Moskau-Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Sommer 1980. Ausgiebig bediente sich der Kanzler des Vertrauensbegriffs und verwies dabei wiederholt auf den KSZE-Prozess. Die Bundesrepublik, so führte er Breschnew vor Augen, fürchte eine „Gefährdung des Vertrauens in die sowjetische Politik aufgrund der Ereignisse in Afghanistan. Denn dieses Vertrauen ist die Basis der Entspannung zwischen Ost und West“¹⁵. Der Bundeskanzler appellierte dabei als ehemaliger Oberleutnant der Wehrmacht zeitweise an Gefühle, von denen er annahm, dass der ehemalige Rotarmist Breschnew sie teile. Als Schmidt berichtete, dass er bei der Kranzniederlegung am Grab des Unbekannten Soldaten Tränen in den Augen gehabt habe, und den Friedenswillen des Kreml-Chefs mit den Worten beschwor: „In diesem Punkt habe ich unbegrenztes Vertrauen in Sie“, antwortete Breschnew: „Sie irren sich nicht.“¹⁶ Beide Seiten waren sich einig, dass „Vertrauen wachsen muß“¹⁷ und

¹⁵ So in einem deutsch-sowjetischen Regierungsgespräch am 30. 6. 1980 in Moskau; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1980, Bd. 1: 1. Januar bis 30. Juni 1980, bearb. von Tim Geiger, Amit Das Gupta und Tim Szatkowski, München 2011, Dok. 192: S. 1016–1033, hier S. 1025.

¹⁶ So in einem deutsch-sowjetischen Regierungsgespräch am 1. 7. 1980 in Moskau; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1980, Bd. 2: 1. Juli bis 31. Dezember 1980, bearb. von Tim Geiger, Amit Das Gupta und Tim Szatkowski, München 2011, Dok. 193: S. 1035–1050, hier S. 1041.

¹⁷ So im deutsch-sowjetischen Regierungsgespräch am 30. 6. 1980 in Moskau; AAPD 1980/1, Dok. 192, S. 1032.

sie sich nicht gegenseitig „hinters Licht“¹⁸ führen dürften. Beide stellten den KSZE-Prozess als zentrales Instrument heraus, um das verlorene militärische und politische Vertrauen wieder herzustellen.

Zweitens hielt die Bonner Diplomatie trotz Afghanistan und der mageren Bilanz am Konzept der militärischen Vertrauensbildung fest, war es doch Moskau, das durch die Intervention an Glaubwürdigkeit verloren hatte. „Das westliche Konzept der Vertrauensbildung im militärischen Bereich“, so schloss man in Bonn, „hat aber trotz dieser Entwicklung nichts an seiner Bedeutung verloren. [...] Gerade dann, wenn akuter Anlaß besteht, die Vertrauenswürdigkeit der Gegenseite in Zweifel zu ziehen, ist Vertrauensbildung objektiv erforderlich.“¹⁹ Daher bemühte sich die Bundesrepublik darum, das Konzept sogar weiter auszubauen. Beim zweiten Folgetreffen, das am 11. November 1980 in Madrid begann, verfolgte sie das Ziel, einem französischen Vorschlag entsprechend, unter dem Dach der KSZE eine Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) zu vereinbaren. Diese sollte in einem ersten Schritt weitere, jetzt bindende und verifizierbare Maßnahmen aushandeln. Wichtigster Punkt aus Bonner Sicht war, dass diese Maßnahmen in einem Gebiet Anwendung finden sollten, das „vom Atlantik bis zum Ural“ reichte, also den gesamten europäischen Teil der Sowjetunion für militärische Inspektionen öffnen würde. Darüber hinaus erwartete Bonn von der Konferenz ein Signal, dass die Bündnisse trotz der Krise noch miteinander über Rüstungskontrolle reden konnten²⁰.

Der KSZE-Prozess wurde für die Bundesrepublik *drittens* zum zentralen Bezugspunkt in der Polen-Krise. Genscher wertete die Ereignisse als Zeichen dafür, dass sich die normative Kraft der Schlussakte und die Politik der Vertrauensbildung für den Westen auszuzahlen begannen. Die Helsinki-

¹⁸ So der sowjetische Verteidigungsminister Dimitrij Ustinow zu Helmut Schmidt am 1. 7. 1980 in Moskau; AAPD 1980/2, Dok. 194: S. 1050–1063, hier S. 1051.

¹⁹ So Ministerialdirektor Blech in einer Aufzeichnung vom 9. 1. 1980; AAPD 1980/1, Dok. 8: S. 47–55, hier S. 54. Dabei war man sich in Bonn darüber im Klaren (ebenda, S. 55), „daß eine aktive, auf vertrauensbildende Maßnahmen gerichtete Politik in der internationalen und nationalen Öffentlichkeit auf subjektive, psychologische Schwierigkeiten stoßen kann. Eine solche Politik impliziert, daß der SU wenigstens prinzipiell Vertrauenswürdigkeit zugebilligt werden kann; der SU dies implicite zu bescheinigen, während im Zusammenhang mit Afghanistan ihr Vertrauenswürdigkeit bestritten wird, ist nicht leicht verständlich zu machen.“

²⁰ Zur Haltung Bonns in der Frage einer KAE vgl. Matthias Peter, Sicherheit und Entspannung. Die KSZE-Politik der Bundesregierung in den Krisenjahren 1978–1981, in: ders./Hermann Wentker (Hrsg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 63–71.

Schlussakte betrachtete er deshalb als ein schlagkräftiges Argument, um Moskau zur Mäßigung an- und von einer Intervention abzuhalten. Unter dem Schutzschirm der KSZE sollte sich das polnische Reformexperiment nach Auffassung Genschers weiter entwickeln können. Unter ausdrücklicher Berufung auf die Unterschrift Breschnews unter die Schlussakte machte er Moskau wiederholt deutlich, dass ein Einmarsch in Polen „den Prozeß der Entspannung und die Idee der Vertrauensbildung irreparabel schädigen“ würde²¹.

Viertens setzte die Bonner Diplomatie die Schlussakte im Streit um die Nachrüstung ein. So kritisierte Genscher zum einen die sowjetische Rüstungspolitik als überzogen; sie widerspreche „dem bereits in die KSZE-Schlussakte eingegangenen Gedanken der Schaffung eines Verhandlungs- und Vertrauensklimas durch Mäßigung“²². Darüber hinaus versuchte die Bundesregierung, durch ihr unbeirrtes Festhalten am KSZE-Prozess auch, einem Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in den westlichen Abrüstungswillen entgegenzuwirken. Wie Genscher dem jugoslawischen Außenminister am 14. Juli 1981 erklärte, benötige die Welt jetzt „Zeichen der Hoffnung [...], die zur Vertrauensbildung beitragen“, darunter eine erfolgreiche Madrider Folgekonferenz, den Beginn von Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und von Verhandlungen zur Beendigung des Afghanistan-Kriegs. „Das alles“, so Genscher, „könnten Signale der Vertrauensbildung sein.“²³

Dieser geradezu formelhafte Einsatz der Vertrauens-Vokabel durch den Bonner Außenminister zeigt anschaulich den hohen kommunikativen Wert, den sie neben der konkreten Zielvorgabe der Helsinki-Schlussakte für die Bundesrepublik besaß. Gerade während der Krise der *Détente* seit Ende der 1970er Jahre nutzte Genscher sie über den in der KSZE stipulierten militärischen Geltungsbereich hinaus verstärkt als verbales Mittel zur innen- und außenpolitischen Deeskalation. Allerdings, dies soll nicht verschwiegen

²¹ So Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, im Drahtbericht Nr. 1235 vom 27. 3. 1981 an das Auswärtige Amt; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Bd. 1: 1. Januar bis 30. April 1981, bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, Dok. 88: S. 465–470, hier S. 467. Vgl. auch Peter, Sicherheit und Entspannung, S. 71–79; Douglas Selva, *The Superpowers and the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1977–1983. Human Rights, Nuclear Weapons, and Western Europe*, in: Peter/Wentker (Hrsg.), *KSZE im Ost-West-Konflikt*, S. 36–44.

²² So im deutsch-polnischen Regierungsgespräch am 19./20. 3. 1981 in Warschau; AAPD 1981/1, Dok. 78: S. 408–426, hier S. 410.

²³ So Außenminister Genscher am 14. 7. 1981 zu seinem jugoslawischen Amtskollegen Vrhovec; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Bd. 2: 1. Mai bis 30. September 1981, bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, Dok. 205: S. 1105–1119, hier S. 1108f.

werden, weckte die Vertrauensoffensive Bonns gegenüber den Warschauer-Pakt-Ländern in gleichem Maße Misstrauen bei den Verbündeten²⁴. Vor allem in den USA machte nun das Wort vom „Genscherismus“ die Runde. Vertrauenspolitik in der Krise war für die Bundesrepublik daher eine Gratwanderung zwischen entspannungspolitischer Staatsräson und Bündnisloyalität.

6. Rhetorik

Dass sich in den Quellen der Begriff Vertrauen häufig findet, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass wir es bei dieser diplomatischen Ressource auch mit einem festen Bestandteil der politischen Sprache zu tun haben. Die *Détente* war letztlich ein Mittel zur Austragung des Systemkonflikts. Dementsprechend war der Einsatz der Vertrauensvokabel Teil der Konfliktstrategie. Regelmäßig forderten die Teilnehmerstaaten der KSZE mehr Vertrauen vom anderen und versicherten diesem zugleich, dass man selbst nur friedfertige Absichten hege. Im KSZE-Prozess wurde Vertrauen zum Schlüsselbegriff westlicher wie östlicher Entspannungsrhetorik. Es kann deshalb nicht überraschen, dass gerade mit der Verschärfung des Ost-West-Konflikts Ende der 1970er Jahre auch ihr Gebrauch zunahm, wie der Schmidt-Besuch in der UdSSR im Sommer 1980 beispielhaft zeigte. Aber auch für Genscher gilt, dass er bei seinen Gesprächspartnern mehr Vertrauen einforderte, je stärker sich die Ost-West-Beziehungen abkühlten. Während die Zahl der nuklear bestückten Raketen wuchs und die Bereitschaft zum Dialog auf beiden Seiten abnahm, wurde das „V-Wort“ geradezu zur Beschwörungsformel, mit der sich Bonn und seine osteuropäischen Gesprächspartner gegenseitig versicherten, dass sie weiterhin verlässliche Akteure seien. Natürlich verbarg sich dahinter die Absicht, von der Gegenseite größere Kooperationsbereitschaft zu fordern und Verständnis für den eigenen Standpunkt zu wecken. Dies veranschaulicht ein Briefwechsel zwischen Breschnew und Schmidt:

Schmidt an Breschnew, 31. Januar 1980²⁵

Besonders beunruhigt und betroffen aber bin ich darüber, daß nunmehr durch das Vorgehen Ihres Landes in Afghanistan ein internationaler Krisenherd

Breschnew an Schmidt, 4. März 1980²⁶

Sie wissen doch auch selbst, dass [die Spannungen] keineswegs mit den afghanischen Ereignissen begonnen haben, sondern viel früher, als die Linie der

²⁴ Zur Kritik an der Bonner Außenpolitik vgl. Selva, *Superpowers*, S. 36–52.

²⁵ AAPD 1980/1, Dok. 34: S. 213 ff., hier S. 214.

²⁶ PA/AA, VS-Bd. 14086 (010), und B 150, Aktenkopien 1980, Drahterlass Nr. 1290 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot vom 5. 3. 1980 an Bundesminister Genscher (Kuala Lumpur).

geschaffen worden ist. Ich bitte Sie daher, Herr Generalsekretär, sich diesen Gefühlen einer weltweit verbreiteten Sorge nicht zu verschließen. [...] Der Verlust an internationalem Vertrauen, den das bedeutet, die Unsicherheit, die ein solches Ereignis in die internationalen Beziehungen hineinträgt, die Verschlechterung der Weltlage, die eine unvermeidbare Folge der Anwendungen bewaffneter Gewalt ist, stellen einen hohen Preis dar, den die ganze Völkerfamilie, und nicht zuletzt auch Ihr eigenes Land, für dieses Vorgehen zahlt.

US-Administration und der NATO-Verbündeten der USA das Aufpeitschen des Wettrüstens, auf die Sicherstellung der militärischen Überlegenheit der USA in der Welt, auf das Streben Washingtons, die internationalen Probleme von der Position der Stärke aus zu lösen, immer deutlicher zum Ausdruck kam. [...] Eben eine solche Politik untergräbt das internationale Vertrauen, erweckt bei den Menschen Unsicherheit über die nächste Zukunft, verschlechtert krass die internationale Lage.

Fünf Wochen nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan schickte Helmut Schmidt am 31. Januar 1980 KP-Chef Leonid Breschnew ein Schreiben, in dem er die Bedeutung von Vertrauen für eine zivilisierte Staatenwelt herausstellte. In deutlichen Worten wies er auf den Vertrauensverlust nach der Militärintervention hin. Der Bundeskanzler vergaß auch nicht, Breschnew auf die VN-Charta und die Schlussakte von Helsinki als Grundlagen einer „zuverlässige[n] und voraussehbare[n] Politik“ aufmerksam zu machen.

Auf dieses Schreiben antwortete Breschnew am 4. März. Bei der Gegenüberstellung der beiden Schreiben fiel den Beamten des Auswärtigen Amts auf, dass der Kreml-Chef den Vertrauensbegriff des Bundeskanzlers aufgriff, ihn jedoch dazu benutzte, seinerseits den Westen des Vertrauensbruchs zu beschuldigen²⁷. Schmidt nämlich führte die Krise in den Ost-West-Beziehungen auf das gewaltsame Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan zurück und warnte vor den Folgen, die sich aus dem Verlust an Vertrauen und Sicherheit für die internationalen Beziehungen ergäben. Doch der Kreml-Chef drehte den Spieß um. Breschnew nahm geschickt auf Schmidts Passage Bezug, kehrte die Argumentation des Bundeskanzlers jedoch gegen den Westen. Nicht Afghanistan, sondern der NATO-Doppelbeschluss und das amerikanische Streben nach militärischer Überlegenheit und einer „Position der Stärke“ seien für den Vertrauensverlust verantwortlich. Die Schlussakte von Helsinki erwähnte der Generalsekretär bezeichnenderweise nicht. Mit diesem Schachzug wies Breschnew jede Verantwortung für das Wiederaufflammen des Ost-West-Konflikts zurück und spielte den Ball ins gegnerische Feld: Forderte Schmidt unter Hinweis auf Afghanistan sichtbare

²⁷ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking vom 10. 3. 1980; AAPD 1980/1, Dok. 78: S. 440–450, hier S. 447f.

Zeichen für eine gemäßigte sowjetische Außenpolitik, lag es aus Sicht des Kreml am Westen, wieder auf den Pfad des Friedens einzuschwenken. Auch Moskau, das macht dieses Beispiel deutlich, beherrschte das Spiel auf der rhetorischen Klaviatur.

Dieser Briefwechsel ist zugleich ein gutes Beispiel dafür, dass es bei der Verwendung des Vertrauensbegriffs immer auch um die Deutungshoheit über die Entspannungspolitik ging. Die Bundesrepublik war der bevorzugte Adressat Moskaus, um Einfluss auf die westliche Ostpolitik zu nehmen und vielleicht doch noch die Stationierung amerikanischer Nuklearraketen zu verhindern. Ihr Vertrauenskurs machte die Bundesrepublik also durchaus angreifbar für sowjetische Gegenaktionen und war nicht ohne Risiko, dessen sich Genscher und seine Diplomaten jedoch sehr bewusst waren.

7. Zusammenfassung

Vertrauen ist ein fester Bestandteil des diplomatischen Codes und eine wichtige Ressource für außenpolitisches Handeln mit dem Ziel, Fehleinschätzungen zu vermeiden, (Ver-) Handlungsspielräume zu öffnen und letztlich durch den Abbau von Spannungen Sicherheit zu schaffen. Die KSZE hatte den Zweck, das tief verankerte Misstrauen zwischen Ost und West abzubauen. Mit ihr wurde Vertrauen zu einem wichtigen Bestandteil der Sicherheitsarchitektur in den Ost-West-Beziehungen. Eine besondere Rolle spielte dabei ihre militärische Variante. Es wäre jedoch verkürzt, die systemübergreifende Vertrauensbildung auf die in der Schlussakte vereinbarten Maßnahmen im militärischen Bereich zu reduzieren. Mit der Selbstverpflichtung der Teilnehmerstaaten zu Gewaltverzicht und Nichteinmischung sowie den in Korb III ausformulierten humanitären Zielen gab sie Bonn ein ideales Instrument an die Hand, um daneben auch die politische Vertrauensbildung voranzutreiben. Im Unterschied zum soziologischen Verständnis von Vertrauen verweist das Beispiel der KSZE auf andere Begriffsinhalte. So zielte die Vertrauensbildung im Kalten Krieg auf größere Transparenz und Berechenbarkeit der gegnerischen Absichten und Aktionen, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Dabei bedurfte sie aber der Absicherung durch ausreichende Verteidigungsanstrengungen. Die KSZE steht deshalb für den Versuch einer multilateralen Vertrauensbildung in Form eines militärisch abgesicherten, kontrollierbaren und gegebenenfalls widerrufbaren langfristigen Konferenzprozesses.

Gerade für die Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre war Vertrauen ein Schlüsselbegriff ihrer Entspannungsstrategie. Er entsprach strukturell

den Möglichkeiten der Bundesrepublik als Zivilmacht und Frontstaat im Kalten Krieg und war ein unentbehrliches Instrument in ihrem Bemühen, in der Nachrüstungsdebatte sowie in der Doppelkrise von Afghanistan und Polen deeskalierend einzugreifen. Dabei entwickelte sich die KSZE für Bonn zu einem konrazyklischen Stabilisierungsinstrument mit dem Ziel, unter bewusstem Einsatz der Ressource Vertrauen das Konfliktverhalten Moskaus zu beeinflussen, größere Offenheit des kommunistischen Systems zu fordern und – auch um den Preis des Misstrauens im Lager der Verbündeten – den Ost-West-Dialog fortzusetzen.

Vertrauen als Ressource war jedoch eingebettet in die politische Sprache der Zeit. Zwar gab es den rhetorischen Rückgriff auf Vertrauen auch schon vor Helsinki. Aber erst die durch die Schlussakte ausgelöste Konjunktur des Begriffs im Dialog zwischen Ost und West machte den Appell zu mehr Vertrauen auf Dauer zu einem Mittel in der blockübergreifenden Kommunikation des Kalten Kriegs. Die Forderung nach mehr Vertrauen zwischen den Ländern Europas zielte vordergründig nicht auf eine Systemüberwindung, sondern war Teil des in der Schlussakte formulierten Kooperationskonzepts. Das Wort war daher, wie wir gesehen haben, auch für den Kreml mit der Zeit annehmbar. Vor allem die Bundesrepublik bediente sich dieses Begriffs aber gern und bei zahlreichen Gelegenheiten, war er doch nützlich, um ihren Forderungen nach Verbesserung der Beziehungen und vor allem nach praktischen Erleichterungen für die Menschen auch auf einer emotionalen Ebene Nachdruck zu verleihen.

DE
|
G

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ZEITGESCHICHTE IM GESPRÄCH

BAND 20



Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hrsg.)

Der Faschismus in Europa

Wege der Forschung

2014, 148 S.

Br. € 16,95

ISBN 978-3-486-77843-4

eBook € 16,95

PDF ISBN 978-3-486-85906-5

ePUB ISBN 978-3-11-039908-0

Print + eBook € 26,95

ISBN 978-3-486-85907-2

Es ist unbestritten, dass der Faschismus als Weltanschauung, Herrschaftssystem und soziale Praxis zu den Signaturen des 20. Jahrhunderts gehört. Dafür ist die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung über das Wesen des Faschismus umso kontroverser geführt worden – und sie ist bis heute nicht zum Abschluss gekommen. Was hielt die faschistischen Bewegungen, die nach 1919 in ganz Europa entstanden, im Innersten zusammen? Was verband und was trennte Faschismus und Nationalsozialismus? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes, der eine Bilanz der internationalen Faschismusforschung seit den 1990er Jahren zieht und dabei Autoren aus Deutschland, Großbritannien, Italien und den USA zu Wort kommen lässt.

Thomas Schlemmer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

Hans Woller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

degruyter.com/oldenbourg